

Bezirksamtsvorlage Nr. 264

zur Beschlussfassung -

für die Sitzung am Dienstag, dem .03.2023

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 0240/VI, Beschluss vom 17.03.2022 betrifft:

Reibungslose und unbürokratische Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine

2. Berichtersteller:

Bezirksstadtrat Spallek

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Reibungslose und unbürokratische Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Soziales und Bürgerdienste beauftragt.

III. Veröffentlichung: ja

IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat:

b) Frauenvertretung:

c) Schwerbehindertenvertretung:

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

10. Mitzeichnung(en):

BzBm
JugGesFamL
SchuSpol

Bezirksstadtrat Spallek

Vorlage - zur Kenntnisnahme - über

Reibungslose und unbürokratische Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 17.03.2022 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 0240/VI):

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen: Das Bezirksamt wird ersucht, dem Senat in seinem Ziel der reibungslosen und unbürokratischen Aufnahme und Versorgung von ukrainischen Geflüchteten zu helfen und die bezirklichen Aufnahmekapazitäten ausschöpfend zur Verfügung zu stellen und diese auszubauen. Das Bezirksamt soll bei den in Mitte angesiedelten LAF-Unterkünften, Räumungen der bisherigen Bewohner*innen und damit verbundene soziale Härten, durch Schaffung zusätzlicher Kapazitäten für ukrainische Geflüchtete vermeiden. Hierzu möge sich das Bezirksamt auf die täglich steigende Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine vorbereiten. Zu diesem Zweck soll in Zusammenarbeit mit den zuständigen Senatsverwaltungen eine Strategie zur möglichst zeitnahen Unterbringung erarbeitet, oder, falls vorhanden, angepasst werden. Dafür soll das Bezirksamt prüfen, ob bezirkseigene Gebäude, leerstehende Wohnungen, Gewerbeflächen, Hotels, Jugendherbergen oder Hostels für die Unterbringung ukrainischer Geflüchteter kurzfristig genutzt werden können und diese zur Verfügung stellen. Diese Unterbringungsmöglichkeiten sollen bei der Unterbringung von Geflüchteten bevorzugt genutzt werden. Zeitgleich soll geprüft werden, ob Notunterkünfte in Form von Traglufthallen oder Containerdörfern zur vorübergehenden Unterbringung nötig sind und ggf. schnellstmöglich bereitgestellt werden. Bei allen Unterkünften sollen möglichst Schutzräume und Ansprechpersonen insb. für vulnerable Gruppen (Kinder, Frauen, queere Personen u.a.) und ihre Bedarfe vorhanden sein.

Des Weiteren wird das Bezirksamt ersucht, in enger Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen, ehrenamtlichen Initiativen und Trägern (Integrationslots*innen, Stadtteilmütter, Begleitungspersonal auf Honorarbasis, Ehrenamtliche) eine Task Force einzurichten, um ein Konzept für einen reibungslosen Empfang und Betreuung zu entwerfen. Dabei ist sicherzustellen, dass die Erstversorgung von Geflüchteten durch krisengeschultes Personal erfolgt. Eine Überforderung und -belastung von Ehrenamtlichen ist unbedingt zu vermeiden.

Es ist wichtig, dass Maßnahmen zur Heranführung an Behörden und Hilfestrukturen und die Begleitung der Geflüchteten gebündelt angeboten werden. Dafür sollen kurzfristig die

notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Das Konzept soll der BVV schnellstmöglich vorgelegt werden. So sollen sprachliche Hindernisse für die Geflüchteten bei Verwaltungsangelegenheiten so gering wie möglich gehalten werden. Dafür müssen Sprachmittler*innen für Behördengänge und Ärzt*innenpraxenbesuche durch das Bezirksamt zur Verfügung gestellt werden. Kinder und Jugendliche sollen schnellstmöglich den Zugang zu sozial-pädagogischen Betreuungs- und Bildungsangeboten erhalten um die medizinische Versorgung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine, die im Bezirk unterkommen, zu gewährleisten, muss das BA dafür sorgen, dass unbürokratischer Zugang zum Gesundheitssystem ermöglicht wird. Dafür soll geprüft werden, ob die Clearingstelle für nichtversicherte Menschen in Berlin als Koordinationstelle zur Weiterleitung an Ärzt*innenpraxen dienen kann. Außerdem muss Aufklärung und Beratung zum Gesundheitswesen in Deutschland stattfinden. Dafür muss der Reader "Wegweiser durch das deutsche Gesundheitswesen" schnellstmöglich in ukrainisch und russisch übersetzt werden. Desweiteren wird das BA ersucht psychologische Betreuung spezifisch für ukrainische Geflüchtete bereit zu stellen. Zur Pandemiebekämpfung wird das BA ersucht, ein Impfangebot am Hbf zu erstellen und kontinuierlich Masken dorthin zu liefern. Außerdem soll das BA sich mit medizinischen Einrichtungen im Bezirk in Verbindung setzen, um medizinisches Material und Medikamente zu sammeln und zu spenden

Das Bezirksamt hat am .03.2023 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Die Zuständigkeit zur Schaffung und Bereitstellung von Unterkunftsplätzen und die Unterbringung von aus der Ukraine geflüchteten Personen liegt nach §§ 22-24 Aufenthaltsgesetz beim Land Berlin und damit beim Landesamt für Flüchtlinge (LAF). Auch die Steuerung der Flüchtlinge ist Aufgabe des Senats und nicht der Bezirke. Die nach Deutschland kommenden Geflüchteten werden nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt, um den Anteil bei der gemeinsamen Finanzierung für Aufnahme, Unterbringung und Integration gerecht aufzuteilen.

Das Land Berlin hat unter <https://www.berlin.de/ukraine/> mit Beginn der Flüchtlingswelle eine mehrsprachige Webseite erstellt, die stetig weiterentwickelt wird und umfassende Informationen, Angebote, Hilfen und Netzwerke für Geflüchtete aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende auch in ukrainischer Sprache zur Verfügung stellt. Es wurden verschiedene Projekte zur Information, Beratung und Integration ins Leben gerufen und über den Senat finanziert.

Eine vom Senat geschaltete Hotline gibt allgemeine Auskünfte zu Hilfsangeboten und Unterstützungsmöglichkeiten in den Sprachen Ukrainisch, Russisch, Deutsch und Englisch. Grundsätzlich wird die mediale Kommunikation über den Senat gesteuert.

Auf dem Washingtonplatz am Hauptbahnhof, auf dem zu Hochzeiten der Flüchtlingswelle zeitweise bis zu 10.000 Geflüchtete aus der Ukraine pro Tag ankamen, wurde ein „Willkommenszelt“ aufgebaut, das eine erste Hilfe-Infrastruktur bildete, die neben den Mitarbeitenden des Landes Berlin hauptsächlich aus einem Netzwerk von Freiwilligen und caritativen Trägern bestand. Hier wurden die Geflüchteten u.a. mit Essen, Hygieneartikeln und Kleidung versorgt, verbrachten dort gegebenenfalls auch die Nacht und wurden durch russisch und ukrainisch sprechende Lotsen und Lotsinnen informiert sowie weitergeleitet.

Während das Land Berlin in den ersten Wochen der Flüchtlingswelle mit Hilfe der Bezirke Unterbringungsmöglichkeiten, beispielsweise Hotels und Jugendherbergen, akquirierte, haben die Bezirke ihre eigenen Strukturen zur Unterbringung genutzt. So gut es bei der großen Anzahl der unterzubringenden Personen ging, wurden dabei Sonderbedarfe berücksichtigt. In einem großen Ansturm der Hilfsbereitschaft der Berliner*innen konnten viele geflüchtete Personen zunächst privat unterkommen.

Am 15.07.2022 wurde seitens der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) mitgeteilt, dass alle ukrainischen Geflüchteten bei Unterbringungsbedarf ausschließlich über das Ankunftszentrum des LAF in Tegel vermittelt und einer Unterkunft zugewiesen werden. Somit entfiel die Suche nach Bettenplätzen für diesen Personenkreis in den Bezirksämtern.

Um die Hilfen zu koordinieren und zu vernetzen, wurden bisherige funktionierende Strukturen genutzt und ein Krisenmanagement zur Zusammenarbeit zwischen dem Senat, den Bezirksämtern und anderen Akteuren geschaffen. Durch die Sen IAS wurde mit verschiedenen Akteuren ebenfalls ein Krisenstab gebildet. Zudem gab es u.a. Sondersitzungen des Rates der Bürgermeister*innen, zusätzliche Besprechungen der Bezirksstadträt*innen und der verschiedenen bezirklichen Gremien (z.B. die Runde der Sozialen Wohnhilfen sowie der Amtsleitungen) mit Beteiligung der SenIAS. Im Bezirk Mitte wurde ebenso sofort ein „Koordinierungsstab Ukraine“ eingerichtet, um eine Strategie zu entwickeln, ämterübergreifende Absprachen zu treffen und die Hilfen zu koordinieren und zu bündeln. Darin vertreten waren der damalige Bezirksbürgermeister bzw. die jetzige Bezirksbürgermeisterin, die Stadträt*innen, Vertreter*innen der Ämter und Organisationseinheiten und zu einem späteren Zeitpunkt im Zusammenhang mit dem Rechtskreiswechsel auch Vertreter*innen des Jobcenters.

Angesichts der gerade im März enorm hohen täglich ansteigenden Anzahl an Geflüchteten konnten aus zeitlichen Gründen keine Konzepte entwickelt und der BVV vorgelegt werden. Beispielsweise wurden am 14.03.2022 in der zentralen Publikumssteuerung des Amtes für Soziales in der Müllerstraße bis 21.00 Uhr rd. 250 Bedarfsgemeinschaften und damit etwa 1.000 Flüchtlinge bedient. In dieser Zeit war pragmatisches Handeln unter Einsatz aller Mitarbeitenden des Bezirksamtes notwendig, um möglichst unbürokratisch Hilfe zu leisten, die Geflüchteten aufzunehmen und deren Versorgung zu sichern. Alle beteiligten Abteilungen nutzten ihre bestehenden Netzwerke aus Trägern, Ehrenamtlichen und anderen Akteuren, um für einen reibungslosen Empfang mit entsprechender Versorgung in jeglicher Hinsicht zu sorgen.

Von den in die Versorgung von Geflüchteten einbezogenen Ämtern wurden folgende Stellungnahmen zur Drucksache abgegeben bzw. folgende Maßnahmen ergriffen, um eine reibungslose und unbürokratische Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine zu ermöglichen. Diese zeigen, dass das Bezirksamt Mitte den Forderungen der BVV im Rahmen aller vorhandenen Möglichkeiten weitestgehend nachgekommen ist.

Amt für Soziales:

Das Amt für Soziales Mitte musste den Fokus mit Beginn des Flüchtlingsstromes aus der Ukraine Mitte März 2022 auf die Sicherstellung der Versorgung mit Leistungen und Hilfen

für ukrainischen Geflüchtete legen, möglichst ohne andere Personenkreise zu vernachlässigen.

In Anbetracht der in vielen Bereichen des Amtes für Soziales bestehenden Personalsituation mit fehlenden bzw. unbesetzten Stellen und teilweise vorliegender Überlastung, bedeutete das eine Herausforderung, die keinen Raum für die Übernahme weiterer Aufgaben bot. Damit war eine Unterstützungsleistung und Beratung seitens des Amtes für Soziales, insbesondere direkt am Hauptbahnhof, nicht möglich. Diese fand jedoch für Vorsprechende in jedem Einzelfall vor Ort in der zentralen Publikumssteuerung im Rathaus Wedding statt.

Mit Beginn der Flüchtlingswelle wurden die Sprechzeiten der zentralen Publikumssteuerung ausgedehnt, ein weiterer Sprechtag hinzugenommen und spezielle Sprechzeiten für Geflüchtete aus der Ukraine vorgehalten.

Neben den normalen Öffnungszeiten montags, dienstags und donnerstags jeweils von 08:30 bis 12:30 Uhr, wurde ab dem 15.03.2022 mittwochs von 08:30 bis 11:30 Uhr eine zusätzliche Sprechstunde ausschließlich für in Mitte untergekommene oder gemeldete Geflüchtete aus der Ukraine in der Zeit eingerichtet. Zusätzlich öffnete die Fachstelle Soziale Wohnhilfe Ihre Notsprechstunde am Freitag für akut von Wohnungslosigkeit betroffene Personen auch für die Antragstellung von Geflüchteten aus der Ukraine und erweiterte die Sprechzeit von 08:30 bis 11:30 Uhr.

In der zentralen Publikumssteuerung wurde die Anzahl der Mitarbeitenden erhöht und das Publikum oftmals bis in den späten Nachmittag hinein bedient. Darüber hinaus wurden Termine vergeben. Der tägliche Ansturm war jedoch so groß, dass Wartezeiten nicht vermieden werden konnten.

Unter anderem wurden Anträge aufgenommen, Leistungen ausgezahlt, Anmeldungen bei Krankenkassen vorgenommen, auf externe Beratungsangebote hingewiesen, an Beratungsstellen weitervermittelt und Wohnungsangebote geprüft.

Für Beratungen zu allen Fragen des täglichen Lebens standen der Allgemeine Sozialdienst und der Sozialdienst der Sozialen Wohnhilfe mit Unterstützung von Sprachmittelnden zur Verfügung. Wegen des großen Andrangs wurde zwischenzeitlich die Kantine im Rathaus Wedding als Erstantragsstelle für Geflüchtete aus der Ukraine genutzt. Kolleg*innen aus dem Familien-Service-Büros des Jugendamtes unterstützten dort zeitweise an 2 Tagen in der Woche bei der Beratung zu allen Fragen des Familienlebens.

Das Amt für Soziales und das Büro des Bezirksbürgermeisters haben zusätzliche Unterbringungskapazitäten außerhalb der Regelsysteme für diesen Personenkreis akquiriert. Personen wurden zusätzlich zu der Zuständigkeit des LAF bei Bedarf mit Unterkünften versorgt.

Personelle Unterstützung bekam die für Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zuständige Soziale Wohnhilfe des Amtes für Soziales aus vielen Ämtern und Organisationseinheiten des gesamten Bezirksamtes. Damit standen zur Bearbeitung der Flut von Neuanträgen und der Prüfung von Wohnungsangeboten im Backoffice weitere Mitarbeitende zur Verfügung. Zudem fanden sich unter den Mitarbeitenden Personen, die als Sprachmittelnde fungieren konnten. Auch wurde Personal seitens des Jobcenters und der Senatsverwaltung zur Verfügung gestellt. Zusätzlich konnten Beschäftigungspositionen (verlängert bis 30.09.2023) geschaffen und Personal - darunter auch Sprachmittelnde -

eingestellt werden. Für die Rekrutierung von Unterstützungspersonal konnte das Bezirksamt Mitte das Projekt „Gesamtstädtische Personalgewinnung und -einsatz (GPE) in Krisenzeiten“ beim Bezirksamt Neukölln nutzen, dessen Geschäftsstelle mit landesweiter Werbung über berufsgruppenbezogene Initiativpools und Teilnahme am landesweiten Shared Service Personal für die Bezirksämter gewinnen konnte. Mehrarbeit wurde angeordnet, um dem täglichen Ansturm gewachsen zu sein und niemanden wegschicken zu müssen.

Kapazitäten für eine Begleitung zu Arztbesuchen o.ä. bestehen nicht. Die Vermittlung von Arztpraxen liegt bei den Krankenkassen. Der „Wegweiser durch das deutsche Gesundheitswesen“ liegt in Russisch vor (<https://www.wegweiser-gesundheitswesen-deutschland.de/download>).

Neben den allgemeinen Informationen zu wichtigen Anlaufstellen, die von der Pressestelle in einem Flyer für die Geflüchteten aus der Ukraine zusammengestellt wurden, hat das Amt für Soziales Unterlagen und Informationen zusammengetragen, die speziell die Leistungsgewährung betreffen. Zu finden sind diese unter dem Link: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/amt-fuer-soziales/obdachlosenhilfe-leistungen-nach-dem-asylblg/artikel.1194306.php>
Auch ein Antrag auf Leistungen in ukrainischer Sprache kann heruntergeladen werden.

Verlinkt ist auf der Webseite des Bezirksamtes die Seite der Regierenden Bürgermeisterin von Berlin – Senatskanzlei - mit den dortigen Informationen für Geflüchtete aus der Ukraine (s. oben).

Amt für Bürgerdienste:

Einen wichtigen Beitrag für die Versorgung von ukrainischen Geflüchteten leistet das regionalisierte Flüchtlingsbürgeramt am Standort Rathaus Tiergarten. Hier kümmern sich engagierte Bürgeramtsmitarbeitende um die Belange der geflüchteten Menschen. Das Flüchtlingsbürgeramt im Bezirk Mitte war bis zum 31.12.2022 zuständig für geflüchtete Menschen in den Bezirken Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf, Pankow, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Reinickendorf und Treptow-Köpenick. Seit dem 01.01.2023 liegt die Zuständigkeit für Präsenztermine für die geflüchteten Menschen aus allen Bezirken beim Flüchtlingsbürgeramt Mitte. Neben der Durchführung von An-, Ab- und Ummeldungen für Geflüchtete, der Beantragung eines Führungszeugnisses, Beglaubigungen und weiteren Leistungen wird, mit muttersprachlicher Unterstützung durch Integrationslotsen (Lotsenprojekt „die brücke“), wegweisend in Sprach-, Lebenslagen- und Verwaltungsangelegenheiten vermittelt. Die Bürgeramtsaufgaben für geflüchtete Menschen werden in Präsenz wahrgenommen.

Bereich Beauftragte für Partizipation und Integration:

Ebenso hält das bei der Bezirksbürgermeisterin angesiedelte Büro für Partizipation und Integration ein breites Angebot bereit, das bürgerschaftliches Engagement/Ehrenamt fördert sowie unterstützt und somit auch Geflüchteten aus der Ukraine zugutekommt.

Beispielhaft seien folgende Maßnahmen genannt:

- Die regelmäßig stattfindende AG Flucht, die dem Informationsaustausch zwischen Bezirksamt und Vereinen sowie ehrenamtlichen Initiativen im Bezirk dient, hielt beispielsweise im März 2022 eine Sondersitzung zum Thema ukrainische Geflüchtete ab.
- Das Büro hat mehrfach eine Infomail mit Angeboten für ukrainische Geflüchtete an Netzwerkpartner in Berlin versendet.
- Für Bereiche im Bezirksamt, in denen keine neuen Sprachmittler*innen eingestellt werden konnten, kann weiterhin der telefonische Dolmetschdienst genutzt werden.
- Das Lotsenprojekt „die brücke“ unterstützt im Bezirk Mitte durch Behördenbegleitung und Sprachmittlung. Auch die Sprachen Russisch und Ukrainisch werden durch das Projekt abgedeckt.
- Einige der Projekte, die durch den bezirklichen Integrationsfonds gefördert werden, konnten ihr Angebot auf ukrainische Geflüchtete ausweiten und vermehrt beraten. Hier ist insbesondere das Angebot der Wohnbrücke (<https://www.waldstrasse7.de/unser-angebot/wohnbr%C3%BCcke-berlin-mitte/>) zu erwähnen, das auf Beschluss des Bezirksamtes von knapp 35.000 EUR in 2022 auf 60.000 EUR in 2023 aufgestockt wird, sodass das Angebot zur Unterstützung bei der Wohnraumsuche in 2023 ausgeweitet werden kann.
- Bürgerschaftliches Engagement/Ehrenamt und Informationsvermittlung:
 - Am 27.04.2022 fand eine große Informationsveranstaltung für Gastgeber*innen der ukrainischen Geflüchteten statt, auf der sich mehrere Fachämter mit ihren Angeboten präsentierten (Sozialamt, Gesundheitsamt, Amt für Bürgerdienste-Flüchtlingsbürgeramt, Sprachförderzentrum, Suchthilfekoordination, Psychiatrische Hilfe, Jugendamt, VHS Mitte). Außerdem präsentierten sich Vereine und Projekte (AWO Mitte, Stadtteilmütter – Bethania gGmbH, Vista gGmbH). An der Veranstaltung nahmen knapp 30 ehrenamtliche Personen teil.
 - Das Büro für Partizipation und Integration vernetzt Ehrenamtliche mit Trägern, die sich im Bezirk für ukrainische Geflüchtete engagieren, und arbeitet dazu auch mit der Nachbarschaftsetage Fabrik Osloer Str. zusammen.
 - „Willkommensmappe“ mit allen wichtigen Anlaufstellen und Angeboten des Bezirksamtes zur Orientierung für Geflüchtete mehrsprachig abrufbar unter: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/gefluechtete-menschen/artikel.807552.php>

Schulamt:

- Unterbringung aller in Mitte angemeldeten ukrainischen Schüler*innen in regulären bzw. Willkommensklassen

Amt für Weiterbildung und Kultur

- Musikschule:
Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für 4 Willkommensklassen; außerdem Übungsmöglichkeiten, Tanzkurse, instrumentaler Unterricht

- Volkshochschule:
 - Deutsch lernen an der jungen VHS in Kooperation mit Jugendfreizeiteinrichtung Schalash (für ca. 30 ukrainische Oberschüler*innen als gleichwertige Alternative zu Willkommensklasse)
 - Integrationskurse, Berufssprachkurse, Erstorientierungskurse, Elternkurse, Mutter-Kind-Sprachlerngruppen, Einstufungstests, TalentCampus (Sommerunterricht für ukrainische Schüler*innen)
- Bibliotheken:
Kostenloser Bibliotheksausweis (3 Monate gültig bei Vorlage Meldebescheinigung), Medienausstattung ukrainischsprachige Literatur
- Kunst/Kultur und Geschichte
 - MitteMuseum: Infoveranstaltung zum Aufenthaltsstatus ukrainischer Student*innen
 - Unterstützung (Ausstellung) ukrainischer Künstler*innen, Kulturleitfaßsäule Gesundbrunnen,
 - MIK: Sprache Malen und Musik
 - Galerie Wedding: Spendenlager, Ausstellung „Transmigration Library“ und Aktionen

Gesundheitsamt:

Das Gesundheitsamt war mit Beginn der Ukraine-Krise um reibungslose und unbürokratische Prozesse bemüht und steht in regem Austausch mit allen Akteuren, die an der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine beteiligt sind. Es kooperiert mit ukrainischen Organisationen und Ehrenamtlichen.

Weiterhin beteiligt sich das Gesundheitsamt sowohl an der Arbeit des Krisenstabes der SenIAS als auch an dem bezirksinternen Krisenstab Ukraine sowie den bezirklichen Arbeitsgruppen.

Das Gesundheitsamt war mit einem Infostand im Willkommenszelt am Hauptbahnhof sowie einem eigenen Container am Eingang des Zeltes vertreten.

Folgende Aufgaben wurden dort wahrgenommen:

- Nachttesten auf Sars-Cov-2 (Virus RNA, keine Ag-Tests) von Verdachtspersonen vor Ort bei Bedarf (für Geflüchtete als auch Mitarbeitende der Versorgungsstruktur vor Ort)
- Koordination Unterbringung/ Transport zur Absonderung positiv getesteter Personen (in Kooperation mit dem LAF in die Buchholzerstr.)
- Aufklärung über aktuelle Infektionsschutzregelungen bzgl Covid 19
- Verteilung von FFP2 Masken und Ag-Tests für Mitarbeitende der Versorgungsstruktur am Hauptbahnhof
- Beratung und Bereitstellung v. Informationen für Ankommende zu Angeboten des öffentlichen Gesundheitsdienstes (besonders Angebote der Zentren)
- Vermittlung Akteure vor Ort zu Stellen ins Bezirksamt (rote Karte für freiwillige Mitarbeitende der Stadtmission, Unterstützung von Allianz Ukrainischer Organisationen, EOTO und Tubman Network Kontakte zu Soz/ Jug/ IB)
- Das Gesundheitsamt hat den Einsatz vor Ort zum 01. Juli 2022 eingestellt, als die Struktur im Ankunftszenrum Tegel die Versorgung von Sars-Cov-2 positiven

übernommen hat und der Hauptbahnhof mehr und mehr nur Durchgang für die Ankommenden wurde. Es war aber noch bis zum Schluss Teil des Krisenstabs am Hauptbahnhof und hat in dieser Funktion die Akteure vor Ort über Infektionskrankheiten bzw. Umgang aufgeklärt (Tuberkulose, Masern, MPX und immer wieder Covid), Hygienepläne begleitet, die Integration weiterer Akteure angeleitet/ unterstützt (Mingru Jipen e.V./ Allianz Ukrainischer Organisationen)

Zusätzlich hat das Gesundheitsamt als Vorbereitung auf die steigende Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine eine täglich besetzte telefonische Hotline (deutsch, ukrainisch, englisch) eingerichtet, die Zugang zu den Hilfsstrukturen und Angeboten im Bezirksamt zu erleichtern soll.

Bei Einschulungs-, Zuzugs- und Eingangsuntersuchungen für Kitas hilft das Gesundheitsamt den Familien mit Ukrainisch sprechendem Personal vor Ort. Über ein spezielles Postfach und die Hotline werden Geflüchtete ganz unbürokratisch im Kontakt mit dem Gesundheitswesen sowie den Schulen und Kitas unterstützt.

Es werden Impfsprechstunden und Beratung ohne Voranmeldung mit Ukrainisch sprechendem Personal und Ehrenamtlichen vor Ort angeboten – als eine zentrale Stelle für alle Bezirke der Stadt.

Zudem gibt es spezielle Sprechstunden im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, im Zentrum für sexuelle Gesundheit und in der Impfstelle.

Jugendamt:

Das Jugendamt hat sich seiner Zuständigkeit entsprechend konkret zu einzelnen Punkten der Drucksache wie folgt geäußert:

Schutzräume für vulnerable Gruppen:

In den 10 LAF-Unterkünften in Mitte sind Schutzräume vorhanden sowie sozialpädagogische Fachkräfte angestellt und als Ansprechpersonen vor Ort. Das Jugendamt steht über seine Koordinatorin für Flüchtlingsfragen mit acht von zehn Unterkunftsleitungen in laufendem Austausch zu den Bedarfen der Bewohner*innen, sofern diese das Jugendamt betreffen. Ein persönliches Austauschtreffen und Informationsveranstaltungen für die noch 2 ausstehenden neu eröffneten Gemeinschaftsunterkünfte sind aktuell in Planung.

In den 88 Wohnungslosenunterkünften in Mitte mit unterschiedlichen Platzkapazitäten (nach ASOG, BUL, gewerblich) sind Schutzräume vorhanden (zum Teil Gemeinschaftsküchen, Gemeinschaftsbäder). Über das Jugendamt sind aktuell zwei von vier Integrationsfonds-Projekten mit der aufsuchenden Beratung in den Unterkünften beauftragt. Die Fachkräfte des Projekts „Mobile Soziale Arbeit mit Geflüchteten (MSAG)“ (Träger Evin e.V.) stehen den Bewohner*innen in derzeit drei Unterkünften als beratende Ansprechpersonen zur Verfügung. Die Fachkräfte des Projekts „GET ACCESS –Aufsuchende Bildungsberatung für junge Geflüchtete“ (Träger Zukunftsbau GmbH) stehen den jugendlichen Bewohner*innen in den Unterkünften als beratende Ansprechpersonen im Übergang zwischen Schule-Beruf in zwei Unterkünften mobil und täglich in ihrer Beratungsstelle zur Verfügung.

In drei von zehn LAF-Unterkünften sind ausschließlich geflüchtete Familien aus der Ukraine untergebracht.

Das Jugendamt unterstützt die Forderung der Initiatoren, die bezirklichen Aufnahmekapazitäten für geflüchtete Familien auszubauen und in allen Unterkünften Schutzräume und Ansprechpersonen zur Verfügung zu stellen. Die Unterbringung obliegt dem Sozialamt. Eine Kooperation zwischen dem Jugendamt und den Betreiber*innen wird aktuell angestrebt. Eine telefonische Bedarfsabfrage bei weitestgehend allen Betreiber*innen der 88 ASOG-Unterkünfte in Mitte ist erfolgt. Die Kontaktdaten des Jugendamtes wurden dabei mitgeteilt. Vernetzungstreffen mit allen LAF-Betreiber*innen finden im Rahmen der AG Flucht (über das Integrationsbüro) statt.

Bei Bekanntwerden neuer Unterkünfte - Gemeinschaftsunterkünfte durch das LAF sowie nach ASOG durch das Amt für Soziales - nehmen die Flüchtlingskoordinator*innen der Fachämter (Jugend-, Gesundheits- und Sozialamt sowie das Integrationsbüro) proaktiv Kontakt zu den Betreiber*innen bzw. Sozialdiensten auf, um sich zeitnah zu vernetzen, Bedarfe direkt abzufragen und ggf. Angebote zu vermitteln.

Versorgungskonzept: Task Force für „Empfangs- und Betreuungskonzept“ in Kooperation mit den Trägern

Mit dem im Bezirksamt einberufenen Koordinierungsstab Ukraine wurde die Zusammenarbeit aller mit der Versorgung der ukrainischen Familien betrauten Fachämter innerhalb des Bezirksamtes sichergestellt.

Die Flüchtlingskoordination im Jugendamt arbeitet eng mit den ihr bekannten Vereinen und Initiativen zusammen und stellt den lfd. Informationsfluss sicher, stimmt Betreuungsbedarfe ab und leitet ggf. in Zusammenarbeit mit den Fachämtern Maßnahmen ein, die den Bedarfen entsprechen (betrifft: Meldungen zu individuellen und/oder strukturellen Handlungsbedarfen, Beratung, Vermittlung, Schaffung neuer Angebote). Die Ehrenamtskoordination erfolgt über die Flüchtlingskoordination des Bezirksamtes, über das Integrationsbüro.

Professionelle Erstversorgung: Bereitstellung von Fachkräften

Die Erstversorgung im Rahmen der Erstaufnahme wird durch die Senatsverwaltung (SenIAS) bzw. das LAF sichergestellt. Die Erstversorgung innerhalb des Jugendamtes erfolgt in jedem Fall durch Fachkräfte, die je nach Einsatzgebiet krisengeschult und -erfahren sind.

Zugang zu Behörden und Hilfestrukturen: Zentraler Informationsdienst

Das Land Berlin stellt auf seiner Homepage die wichtigsten Informationen über den Zugang zu den Behörden in ukrainischer Sprache zur Verfügung. Das Bezirksamt Mitte stellt auf seiner Homepage die wichtigsten Informationen über den Zugang zu den Hilfestrukturen im Bezirk in ukrainischer Sprache zur Verfügung. Das Bezirksamt Mitte hat eine Hotline für eine Erstberatung in den Sprachen Ukrainisch, Russisch, Englisch eingerichtet, um den Zugang zu den Hilfestrukturen und Angeboten im Bezirksamt zu erleichtern. Diese ist an das Gesundheitsamt angegliedert und täglich besetzt.

Der Zugang zu den Hilfestrukturen im Jugendamt wird dezentral angeboten (durch die Hotline, dem Familienservicebüro als zentrale Anlaufstelle für alle Anfragen rund um das Thema Familie, den Tagesdiensten der Regionalen Sozialpädagogischen Dienste, der Flüchtlingskoordination des Jugendamtes). Das Jugendamt nimmt an Informationsveranstaltungen teil, um die Familien und/oder deren Begleitung über die Angebote und Leistungen des Jugendamtes zu informieren und dadurch den Zugang zu diesen zu erleichtern.

Sprachmittler*innen für Behördengänge sicherstellen:

Es steht allen Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes Mitte ein Telefondolmetschdienst für die Sprache Ukrainisch zur Verfügung.

Mitarbeiter*innen des Jugendamtes können die mit dem Bezirk kooperierenden Dolmetschdienste nutzen, um Dolmetscher*innen zu Beratungsterminen zu buchen und hinzuzuziehen.

Der Träger Bethania Diakonie gGmbH unterstützt mit seinem Projekt „Stadtteilmütter“ das Bezirksamt weiterhin bei der Sprachmittlung im Rahmen der Erstversorgung. Jedoch kann eine individuelle Begleitung der Familien zu Behörden und Ärzten nicht stattfinden (entspricht nicht dem Leistungsangebot).

Zugang zu sozialpädagogischen Betreuungs- und Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche:

Das Jugendamt hat mit den bekannt gewordenen Unterkünften, in denen ukrainische Familien untergebracht wurden, von Beginn an Kontakt aufgenommen, mit den dort tätigen Fachkräften kooperiert und diverse Betreuungs- und Bildungsangebote vermittelt. Den Netzwerkpartner*innen, v.a. Verbänden und Initiativen, wurden laufend aktuelle Angebote im Bezirk übermittelt und für die Weitergabe an die Familien, deren Kindern und Jugendliche zur Verfügung gestellt. Anfragen von Familien an das Jugendamt werden direkt beantwortet und Angebote vermittelt. Zu neu eröffneten Unterkünften, die dem Jugendamt bekannt werden, wird proaktiv Kontakt zu den Betreiber*innen und Bewohner*innen aufgenommen (s. oben).

Dem Jugendamt werden vom LAF täglich die aktuellen Adressen und Belegungsdaten mitgeteilt. Der Kontakt zur Angebotsvermittlung besteht hier laufend über die Sozialdienste. Dem Jugendamt werden vom Sozialamt auf Anfrage die aktuellen Adressen für die Wohnungslosenunterkünfte mitgeteilt. Eine Kontaktaufnahme zu den Familien zur Angebotsvermittlung ist hier aufgrund teilweise fehlender Sozialdienste als Vermittler erschwert.

Dem Jugendamt werden aus datenschutzrechtlichen Gründen von keiner Stelle automatisch Meldeadressen bzw. Neuanmeldungen in privaten Wohnräumen mitgeteilt. Somit ist dem Jugendamt nicht bekannt, wo die geflüchteten Familien privat untergebracht sind. Der Zugang zu sozialpädagogischen Betreuungs- und Bildungsangeboten ist dadurch erschwert. Das Jugendamt vermittelt den Kindern und Jugendlichen Angebote, zu denen ein Kontakt hergestellt werden kann bzw. deren Kontaktdaten bekannt sind (i.d.R. individuelle Anfragen). Zudem stellt das Jugendamt Kontakte über Initiativen, die Hotline und sozialräumliche Netzwerkarbeit zu Familien her, um die bestehenden Angebote zu vermitteln.

Zugang zur psychologischen Betreuung:

Die Erziehungs- und Familienberatungsstelle des Jugendamtes (EFB) bietet psychologische Betreuung für ukrainische Geflüchtete an. In den drei dem Jugendamt bekannten Unterkünften in Mitte, in denen ukrainische Familien untergebracht sind (s. oben), fand die psychologische Erstberatung in Abstimmung mit den Unterkunftsleitungen mobil aufsuchend nach Bedarf statt.

Infostand Jug-Ges am Hauptbahnhof:

Das Jugendamt war unmittelbar nach der Eröffnung des Willkommenszertes der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) am Hauptbahnhof ganztägig mit 4 Kolleginnen des Kinderschutzteams, der Kinderschutzkoordinatorin sowie der Koordinatorin für Flüchtlingsfragen im Jugendamt vor Ort tätig, um die SenBJF und die von ihr beauftragte Berliner Stadtmission bei den Beratungen zu unterstützen.

Zu den Aufgaben gehörten:

- Familien „willkommen heißen“,
- Beratung,
- erste Orientierung zum Anmelde- und Verteilverfahren,
- Unterstützung bei der Organisation der Weiterreise (z.B. Wegebegleitung zum Ticketservice im HBH),
- In-Augenscheinnahme unbegleiteter Minderjähriger mit ggf. direkter Unterbringung.

Die Sprachmittlung wurde durch Stadteilmütter, Integrationslots*innen und Freiwillige des Trägers der Stadtmission sichergestellt.

Nach drei Tagen wurde die vorübergehende personelle Unterstützung durch die Fachkräfte des Jugendamtes nach Absprache mit SenBJF eingestellt. Auf die Erreichbarkeit des Kinderschutzteams im Bedarfsfall wurde hingewiesen.

Das Bezirksamt unterstützt nicht nur die geflüchteten Personen aus der Ukraine selbst, sondern auch die Personen, die diese bei sich zu Hause aufnehmen. Dazu wird auf den Bericht zur Drucksache 0338/VI verwiesen.

Damit ist das Bezirksamt den Ersuchen der Bezirksverordnetenversammlung im Wesentlichen nachgekommen.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

Berlin, den .03.2023

Bezirksstadtrat Spallek

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Beschluss-Nr.:

des Bezirksamtes Mitte von Berlin vom .03.2023
(BA-Vorlage-Nr.: 264)

Einbringung einer Vorlage -zur Kenntnisnahme - bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 0240/VI, Beschluss vom 17.03.2022 betrifft:

Reibungslose und unbürokratische Annahme und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine ermöglichen

Beschlusstext:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Reibungslose und unbürokratische Annahme und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine ermöglichen“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Soziales und Bürgerdienste beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat:
 - b) Frauenvertretung:
 - c) Schwerbehindertenvertretung:
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung bitten wir der o. g. Vorlage zu entnehmen.

Bezirksstadtrat Spallek

Bezirksbürgermeisterin Remlinger